

Giftkippe bundesweit

Die Geschichte der Sonderabfalldeponie in Münchehagen: Bürger
Hochkriminelle Machenschaften auf dem Abfallsektor mit dramatische

Von Heidi Reckleben-Meyer

Münchehagen. Die Sonderabfalldeponie (SAD) Münchehagen sorgte über Jahre bundesweit für Aufsehen. Wobei der Begriff „Sonderabfalldeponie“ aus Sicht der Bürgerinitiativen eine Beschönigung ist, denn fast jahrzehntlang beherrschten immer neue Hiobsbotschaften die Schlagzeilen auch in der bundesweiten Berichterstattung: großes Fischsterben im Vorfluter der Ils nach Einleitung von Deponiewasser; krankmachender Gestank; Bäume verlieren massenhaft Rinde und sterben. Im Juli 1981 forderte der Kreistag die Auskofferung der Altdeponie nach „mehrfachen Ausquetschungen von Säureharzen“. Die Kreisverwaltung wiegelte ab. Schließlich zeigte die dramatische Vergiftung von Grundwasser und Sedimenten der Ils auch mit Dioxinen nach dem typischen Münchehagen-Muster die dramatischen Folgen einer Mischung hochkrimineller Machenschaften auf dem Abfallsektor und rechtskräftig festgestelltem Totalversagen der Aufsichtsbehörden von Landkreis und Land: Das Verwaltungsgericht (VG) Hannover stellte fest, die Giftkippe ist illegal. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg attestierte sogar einen nach wie vor geltenden, aber ausgesetzten, Rückbauanspruch.

Sonderabfälle seit 1970

Es begann 1970 mit der Einlagerung industrieller Sonderabfälle als Folgenutzung ausgebeuteter Tongruben in der Gemarkung zwischen Münchehagen, Loccum und Wiedensahl. Die Mengen wurden ab 1977 erweitert. In der rund 2,5 Hektar großen Altdeponie ließen die Unternehmen Stenzel und Borsinghaus zwischen 1970 und 1973 in 25 rund sechs Meter tiefen, offenen Gruben etwa 56 000 Kubikmeter Industrieabfälle aus der Herstellung von Pflanzenschutzmitteln, Farben und Lacken abkippen. Ob in dieser Zeit tatsächlich nur die angemeldeten „mineralöhlhaltigen Abfälle“ eingelagert wurden, zweifelte selbst

450 000

Kubikmeter unterschiedlicher Giftstoffe befanden sich Anfang der 1980er-Jahre im Deponiekörper – und niemand konnte sagen, wie sie miteinander reagieren könnten

auf dem Gelände eingeführt, erst dann befreite das Land „den personell und fachlich überlasteten Landkreis“ (Oberkreisdirektor Dr. Wilfried Wiesbrock) von der Aufsichtspflicht.

Noch Anfang der 1980er-Jahre sollte die Deponie erweitert werden. Schon seinerzeit konnte niemand sagen, wie die 450 000 Kubikmeter unterschiedlicher Giftstoffe im Deponiekörper miteinander reagieren. Zumal, wie dokumentiert, schwere Fahrzeuge Fässer zermalmten. Zu allem Überfluss widersprachen sich diverse Gutachten über die Dichtigkeit des Deponie umgebenden Tonsteins. Das Endergebnis: undicht weil wasserführend. Die Umweltgefährdung wurde immer deutlicher, und die Bürgerinitiativen immer rebellischer, die Erweiterung abgeblasen und die Deponie 1983 geschlossen. Der Deponiebetreiber ging 1985 in Konkurs. Sämtliche Akten der Firma verschwanden.

Rechtswidrig entstanden

Längst war klar, dass es sich bei der SAD Münchehagen nicht um eine klassische Deponie, sondern um eine rechtswidrig entstandene, mangelhaft kontrollierte Altlast handelte. Es gründeten sich die Umwelterruppe Wiedensahl, die



In Münchehagen landeten viele giftige Stoffe, sodass auch Schutzbekleidung

gende Mediationsverfahren an der Evangelischen Akademie Loccum unter Einbeziehung von BI und Bevölkerung setzte die umfassende Sicherung durch: Wasserhaltung mit Ringdrainage, Gasfang, Oberflächenabdichtung, seitliche Umschließung des Deponiekörpers bis in 30 Metern Tiefe und eine regelmäßige Probenentnahme aus zahlreichen Brunnen, um die bereits festgestellte Schadstoffausbreitung im Untergrund unbefristet zu überwachen. Die Einrichtung einer dementsprechenden, unabhängigen Bewertungskommission unter Vorsitz des Mediators Meinfried

Der Vertrag wird regelmäßig f geschrieben. Jedes Jahr legt die wertungskommission einen Bericht darüber vor, ob Maßnahmen ausreichen, sich Messwerte auf der Deponie und im näheren Umfeld vermindern. Sie stellt eines der wichtigsten Elemente der Vereinbarung dar, werden regelmäßig und unabhängig Daten gewichtet und den Betroffenen öffentlich erläutert. Ne Striegnitz gehören dem Bewertungsgremium ein Gutachter Land und ein Experte für die Kommunen an.

Wie wichtig das Gremium zeigt sich stets daran, dass es n



bundesweit im Fokus

Abfalldeponie in Münchenhagen: Bürgerproteste und Gerichtsurteile.
Auf dem Abfallsektor mit dramatischen Folgen für Mensch und Umwelt



Münchenhagen landeten viele giftige Stoffe, sodass auch Schutzbekleidung an der Tagesordnung war.

FOTO: ARCHIV

ende Mediationsverfahren an der evangelischen Akademie Loccum unter Einbeziehung von BI und Bevölkerung setzte die umfassende Sicherung durch: Wasserhaltung mit Ringdrainage, Gasfang, Oberflächenabdichtung, seitliche Umhüllung des Deponiekörpers bis 30 Metern Tiefe und eine regelmäßige Probenentnahme aus zahlreichen Brunnen, um die bereits festgestellte Schadstoffausbreitung im Untergrund unbefristet zu überwachen. Die Einrichtung einer unabhängigen, unabhängigen Mediationskommission unter der Leitung von Mediator Meinfried

Der Vertrag wird regelmäßig fortgeschrieben. Jedes Jahr legt die Bewertungskommission einen Bericht darüber vor, ob Maßnahmen ausreichen, sich Messwerte auf der Deponie und im näheren Umfeld verändern. Sie stellt eines der wichtigsten Elemente der Vereinbarung dar. So werden regelmäßig und unabhängig Daten gewichtet und den Betroffenen öffentlich erläutert. Neben Striegnitz gehören dem Bewertungsgremium ein Gutachter fürs Land und ein Experte für die Kommunen an.

Wie wichtig das Gremium ist, zeigt sich stets daran, dass es nach

wachung in ein Langzeit-Monitoring zu überführen.

Brief an Minister übergeben

Das betrachten die Bürgerinitiativen misstrauisch. Sie fürchten, dass das Thema so in Vergessenheit gerät. 2016 überreichten sie deshalb dem niedersächsischen Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) einen offenen Brief mit Kritik im Umgang mit der Giftmülldeponie: „Der Münchenhagen-Komplex dümpelt, politisch gesehen, so vor sich hin und hat gute Aussichten, mittelfristig komplett stillgelegt zu werden. Das aber darf nicht geschehen! Denn die Unzu-

der Betonit-Dichtwände. Ob die Kontrollbrunnen immer genau dort stehen, wo Schadstoffe austreten, bleibt eine Glaubensfrage.

Dass die Giftstoffe scheinbar sehr langsam vom Wasser transportiert werden, ist sicher ein Vorteil bei der jetzigen Überwachung. Diese ‚Sicherungsmaßnahmen‘ wurden uns vom Land Niedersachsen 1999 ‚verordnet‘ und wir, als BIs, haben zähneknirschend diese Maßnahmen akzeptiert. Schließlich wurde mit dieser Baumaßnahme nach 30 Jahren endlich der Vergiftung der Umwelt durch Giftsickerwasser und Gasaustritten etwas entgegengesetzt. Die technischen Möglichkeiten, solche Giftgemische auszugraben und zu behandeln, waren damals nicht erprobt oder nicht verfügbar. Heute gibt es die Technik, Giftdeponien auszugraben. Die Deponie ist illegal und muss weg! Solange, wie sie streng überwacht wird und keine Gefahr von der Anlage ausgeht, akzeptieren wir den jetzigen Zustand.“

Rehburg-Loccums amtierender Bürgermeister Martin Franke bezeichnet die SAD als „Ewigkeitsaufgabe“. Besonders froh ist Franke über eine mittlerweile vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Akteure.

Sein Vorgänger, Dieter Hüsemann, sah sich mit seinem Amtsantritt als Stadtdirektor von Rehburg-Loccum 1989 mit dem Thema konfrontiert. Heute sieht Dieter Hüsemann das so: „Die jahrelangen Auseinandersetzungen um ein Sicherheits- und Sanierungskonzept für die ehemalige Sonderabfalldeponie zeigen, dass es notwendig ist, sich auch mit komplexer Thematik auseinanderzusetzen und um den richtigen Weg zu streiten. So lassen sich dann am Ende verantwortbare Ergebnisse erzielen. Ich bin froh, dass wir ein langfristiges Sicherheitskonzept für die Altlast Münchenhagen mit dem Land Niedersachsen vereinbaren konnten.“

Die SAD Münchenhagen ist eine der herausragenden **Negativbeispiele** in der illegalen Beseitigung industriellen Sondermülls in Niedersachsen. Das Versagen von Land und Landkreis belegen ein Bericht des Landeskriminalamts und ein Gerichtsurteil. Jede niedersächsische Umweltministerin, jeder Umweltminister musste sich mit der SAD befassen: Dr. Werner Remmers (CDU), Monika Griefahn (Grüne), Wolfgang Jüttner

Gemarkung zwischen Münchehagen, Loccum und Wiedensahl. Die Mengen wurden ab 1977 erweitert. In der rund 2,5 Hektar großen Altdeponie ließen die Unternehmen Stenzel und Börstinghaus zwischen 1970 und 1973 in 25 rund sechs Meter tiefen, offenen Gruben etwa 56 000 Kubikmeter Industrieabfälle aus der Herstellung von Pflanzenschutzmitteln, Farben und Lacken abkippen. Ob in dieser Zeit tatsächlich nur die angemeldeten „mineralöhlhaltigen Abfälle“ eingelagert wurden, zweifelte selbst das Kreisbauamt 1981 an. Das Ganze geriet mehr und mehr außer Kontrolle. Immer wieder finden sich in alten HARKE-Bänden Berichte darüber, dass Anwohner protestierten und die Polizei benachrichtigten, weil nachts ganze Lkw-Konvois ihre Fracht dort abkippten.

Trotz des wachsenden Protestes in der Bevölkerung ließen die Aufsichtsbehörden die Deponie in östlicher Richtung um weitere 5,5 Hektar erweitern. Die Neudeponie entstand. In vier rund 25 Meter tiefen Gruben wurden zwischen 1977 und 1983 etwa 350 000 Kubikmeter überwiegend feste Abfälle eingelagert. Darunter viele Tausend Tonnen giftiger Stoffe wie dioxinhaltige Flugasche aus Müllverbrennungsanlagen – und: Gift aus der Chlorchemie. Stoffe, unter denen auch Seveso-Dioxin geführt werden. Das sind hoch toxische, krebserregende Verbindungen. Der giftigste Vertreter ist das Seveso-Gift TCDD 3478. Dessen weltweit höchste Konzentration wurde 1986 in einer Ölfahne der Giftkippe gefunden. 41 in Italien verschwundene Fässer der Seveso-Katastrophe wurden mit der Giftkippe in Zusammenhang gebracht, erst dann wurden Sicherheitsstufen

gefährdet, und die Bürgerinitiativen immer rebellischer, die Erweiterung abgeblasen und die Deponie 1983 geschlossen. Der Deponiebetreiber ging 1985 in Konkurs. Sämtliche Akten der Firma verschwanden.

Rechtswidrig entstanden

Längst war klar, dass es sich bei der SAD Münchehagen nicht um eine klassische Deponie, sondern um eine rechtswidrig entstandene, mangelhaft kontrollierte Altlast handelte. Es gründeten sich die Umweltgruppe Wiedensahl, die Bürgerinitiativen (BI) „Stoppt den Giftmüll!“ und „Rehburg-Loccum Bürger gegen Giftmüll“. Die Städte Rehburg-Loccum und Petershagen sowie die Samtgemeinde Niedernwöhren klagten. Zumal Behörden Zusagen nicht einhielten und eine seitliche Umschließung des Deponiekörpers für unnötig hielten. Allein eine Abdeckung sollte reichen. Da machten die Kommunen nicht mit. Sie stützten sich auf das Urteil des VG Hannover von 1989: Die Deponie ist illegal. Das Urteil war jedoch nur ein kleines Druckmittel gegen das Land. Ein schlagendes Argument war hingegen das Urteil des OVG Lüneburg: Das sprach den Kommunen einen Beseitigungsanspruch der Deponie, also die Sanierung des Geländes, zu.

Die folgenden Verhandlungen über eine umfassende Sicherung der Deponie gestalteten sich schwierig. Sie kostete zig Millionen Mark, neben den etwa jährlichen zwölf Millionen allein für die Wasserhaltung bei starken Regenerereignissen, damit die Deponie nicht überläuft. Das extra für eine Lösung der Interessen eingesetzte und bundesweit für Aufsehen sor-

gende Mediationsverfahren an der Evangelischen Akademie Loccum unter Einbeziehung von BI und Bevölkerung setzte die umfassende Sicherung durch: Wasserhaltung mit Ringdrainage, Gasfang, Oberflächenabdichtung, seitliche Umschließung des Deponiekörpers bis in 30 Metern Tiefe und eine regelmäßige Probenentnahme aus zahlreichen Brunnen, um die bereits festgestellte Schadstoffausbreitung im Untergrund unbefristet zu überwachen. Die Einrichtung einer dementsprechenden, unabhängigen Bewertungskommission unter Vorsitz des Mediators Meinfried Striegnitz gehört zu den wichtigen Eckpfeilern der Sicherung und Überwachung. Das ist kurz Inhalt der Vereinbarung zwischen Kommunen und Land, unter der Maßgabe, dass die Kommunen die Durchsetzung der Deponie-Beseitigung aussetzen.

Als jedoch Juristen im Umweltministerium begannen, Sicherungsschritte in Sanierungsschritte umzuwandeln, da riss dem damaligen Stadtdirektor Dieter Hüsemann der Geduldtsfad. Er und die Kommunen riefen den Behörden nachhaltig das Urteil des OVG Lüneburg ins Bewusstsein. Folge: Das Moratorium gilt bis heute. Wie kommentierte der damalige niedersächsische Umweltminister Wolfgang Jüttner (SPD): In Münchehagen habe sich gezeigt, „wie wichtig es ist, die Bevölkerung in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen und über die Sachlage aufzuklären“. Eine Einsicht, die spät kam.

Der Vertrag wird regelmäßig geschrieben. Jedes Jahr wird eine Bewertungskommission eingesetzt, darüber vor, ob Maßnahmen, sich Messwerte annehmen und im näheren Umfeld. Sie stellt eines der Elemente der Vereinbarung dar, werden regelmäßig und Daten gewichtet und Daten öffentlich erläutert. Striegnitz gehören dem Ratungsgremium ein Gutachten und ein Experte für Maßnahmen an.

Wie wichtig das Gutachten zeigt sich stets daran, dass wie vor Auffälligkeiten der 1250 Meter langer Deponiekörper, 9,5 Hektar großen Oberfläche deckung korrespondierende innerhalb und auf der Anlage miteinander. Erklären sich die Fachleute den Gang bisher nicht. Zudem Deponie an einigen Stellen mal wieder bei langen Jahren über.

In den vergangenen Jahren zeigte sich, dass chemische Stoffe in der Deponie sehr häufig laufen und Schadstoffausbreitung zeitig erkennbar sind. In der Deponie kommt offenbar mehr um die Ruhe. Einige technische Maßnahmen wurden mittlerweile abgelehnt, war die Gasabsaugung dreijährigen Versuchssphäre, passiven Gasfang wurde. Das Messstellen sind teilweise noch dichter als dem Ziel, die Sicherung



Die Fässer zur Einlagerung wurden nicht etwa geordnet eingelagert, sondern mit schweren Maschinen zerquetscht, wohl damit mehr hineinpassen. FOTO: GRÜNE REHBURG-LOCCUM



Viele Jahrzehnte lehnten sich Bürgerinnen und Bürger gegen die Maßnahmen auf.

fahren an der...
 emie Loccum
 on BI und Be-
 umfassende
 Wasserhaltung
 nsfang, Ober-
 eitliche Um-
 iekörpers bis
 d eine regel-
 me aus zahl-
 n die bereits
 ffausbreitung
 istet zu über-
 htung einer
 unabhängi-
 mission unter
 s Meinfried
 n wichtigen
 herung und
 t kurz Inhalt
 ischen Kom-
 er der Maß-
 mmen die
 onie-Beseiti-

n Umweltmi-
 Sicherungs-
 schritte umzu-
 damaligen
 isemann der
 die Kommu-
 n nachhaltig
 üneburg ins
 Moratorium
 nentierte der
 die Umwelt-
 er (SPD): In
 ich gezeigt,
 Bevölkerung
 se mit einzu-
 ie Sachlage
 cht, die spät

Der Vertrag wird regelmäßig fort-
 geschrieben. Jedes Jahr legt die Be-
 wertungskommission einen Bericht
 darüber vor, ob Maßnahmen ausrei-
 chen, sich Messwerte auf der Depo-
 nie und im näheren Umfeld verän-
 dern. Sie stellt eines der wichtigsten
 Elemente der Vereinbarung dar. So
 werden regelmäßig und unabhängig
 Daten gewichtet und den Betroffenen
 öffentlich erläutert. Neben
 Striegnitz gehören dem Bewertungs-
 gremium ein Gutachter fürs
 Land und ein Experte für die Kom-
 munen an.

Wie wichtig das Gremium ist,
 zeigt sich stets daran, dass es nach
 wie vor Auffälligkeiten gibt: Trotz
 der 1250 Meter langen Dichtwand
 um den Deponiekörper und einer
 9,5 Hektar großen Oberflächenab-
 deckung korrespondieren Wasser-
 stände innerhalb und außerhalb der
 Anlage miteinander. Erklären kön-
 nen sich die Fachleute diesen Vor-
 gang bisher nicht. Zudem lief die
 Deponie an einigen Ecken immer
 mal wieder bei langen Regenfällen
 über.

In den vergangenen zehn Jahren
 zeigte sich, dass chemische Vorgän-
 ge in der Deponie sehr langsam ab-
 laufen und Schadstoffausträge früh-
 zeitig erkennbar sind. Die Deponie
 kommt offenbar mehr und mehr zur
 Ruhe. Einige technische Anlagen
 wurden mittlerweile abgebaut: So
 war die Gasabsaugung nach einer
 dreijährigen Versuchsphase auf ei-
 nen passiven Gasfang umgestellt
 worden. Das Messstellen-Netz wur-
 de teilweise noch dichter gesetzt mit
 dem Ziel, die Sicherung und Über-

wachung in ein Langzeit-Monitoring
 zu überführen.

Brief an Minister übergeben

Das betrachten die Bürgerinitiativen
 misstrauisch. Sie fürchten, dass das
 Thema so in Vergessenheit gerät.
 2016 überreichten sie deshalb dem
 niedersächsischen Umweltminister
 Stefan Wenzel (Grüne) einen offenen
 Brief mit Kritik im Umgang mit der
 Giftmülldeponie: „Der Müncheha-
 gen-Komplex dümpelt, politisch ge-
 sehen, so vor sich hin und hat gute
 Aussichten, mittelfristig komplett
 stillgelegt zu werden. Das aber darf
 nicht geschehen! Denn die Unzu-
 länglichkeiten der Sicherung und die
 offenbare Absicht der niedersächsi-
 schen Landesregierung, den heuti-
 gen Zustand in eine möglichst billige
 Dauerlösung zu überführen, werden
 die Risiken für die Bevölkerung stei-
 gern, statt sie zu mindern.“

Die Bürgerinitiativen hatten in all
 der Zeit immer das Agieren der Be-
 hörden im Blick. Ein Mann der ersten
 Proteste, Wolfgang Völkel (Loccum),
 sitzt in den regelmäßigen Zusam-
 menkünften des Bewertungsgremi-
 ums mit am Tisch. Immer wieder
 mahnt er, wachsam zu bleiben. Er in-
 formiert über Verfahren, wie bei-
 spielsweise eines in der Schweiz, das
 erfolgreich eine Technik einsetzt, mit
 der solche Deponien tatsächlich zu
 sanieren und zurückzubauen sind,
 statt nur deren Sicherung zu betrei-
 ben. Sein Name und auch der des
 mittlerweile verstorbenen Aktivisten
 Heinrich Bredemeier (Müncheha-
 gen), der viele Jahre eine führende
 Rolle in der BI einnahm, sind untrenn-
 bar mit der Geschichte der SAD
 verbunden. Wenn Wolfgang Völkel
 heute zurückblickt, kommt er zu fol-
 gender Einschätzung: „Die Giftdepo-
 niesicherung ist bis jetzt ein Topf mit
 Deckel, leider ohne Boden! Es gibt
 keine Aussagen über die Haltbarkeit

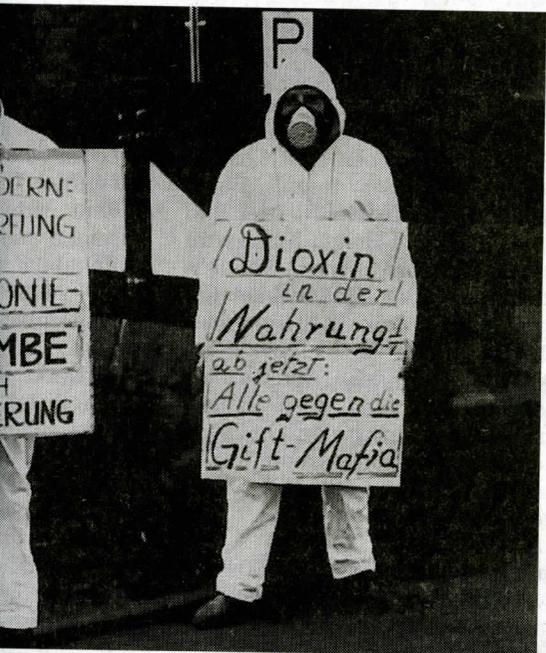
und um den richtigen Weg zu strei-
 ten. So lassen sich dann am Ende
 verantwortbare Ergebnisse erzielen.
 Ich bin froh, dass wir ein langfristiges
 Sicherungskonzept für die Altlast
 Münchehagen mit dem Land Nieder-
 sachsen vereinbaren konnten.“

Die SAD Münchehagen ist eine
 der herausragenden Negativbeispie-
 le in der illegalen Beseitigung industri-
 ellen Sondermülls in Niedersachsen.
 Das Versagen von Land und Land-
 kreis belegen ein Bericht des Landes-
 kriminalamts und ein Gerichtsurteil.
 Jede niedersächsische Umweltmini-
 sterin, jeder Umweltminister musste
 sich mit der SAD befassen: Dr. Werner
 Remmers (CDU), Monika Griefahn
 (Grüne), Wolfgang Jüttner
 (SPD), Hans-Heinrich Sander (FDP),
 Stefan Birkner (FDP), Stefan Wenzel
 (Grüne) und Olaf Lies (SPD). Durch
 eine umfassende Aufarbeitung der
 Geschehnisse, ein bundesweit als
 Modellbeispiel zitiertes Mediations-
 verfahren sowie eine aufwendige Si-
 cherung gelang es den BI und Anrai-
 nerkommunen, das Vertrauen der
 Bevölkerung langsam zurückzuge-
 winnen.

Offensive Nacharbeit

Auch wenn Münchehagen mittlere
 weile eher als der Ort bekannt ist, in
 dem einst die Dinosaurier ihre ein-
 drucksvollen Spuren hinterließen,
 möchte der Rehburg-Loccumer
 Ortsteil auch das dunkle Kapitel sei-
 ner Geschichte nicht unter den Tep-
 pich kehren, sondern geht offensiv
 damit um – in der Gremienarbeit
 genauso wie bei Gästeführungen.
 So sind die Dinosaurierfahrten ein
 Naturdenkmal in Münchehagen
 und die Ex-Giftkippe ein Mahnmal
 über kriminelles Verhalten und Be-
 hördenversagen bei der Beseitigung
 von Sondermüll.

Info Auf www.dieharke.de finden
 Sie eine Fotostrecke zur SAD
 Münchehagen.



ich Bürgerinnen und Bürger gegen die Machenschaf-

FOTO: ARCHIV



Die Sicherung der SAD Münchehagen kostete den Steuerzahler schon viele
 Millionen Euro – ein Ende ist nicht in Sicht.

FOTO: RECKLEBEN-MEYER